

Schlagzeilen

Bischof Bode: Jugendverbände für sozial Benachteiligte öffnen

(KNA/CAJ) Bischof Franz-Josef Bode hat die katholischen Jugendverbände ermutigt, sich noch weiter den sozial benachteiligten jungen Menschen in der Gesellschaft zu öffnen. Dies sagte Bode bei einer Veranstaltung des Bundesverbandes der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) zur Jugendarbeitslosigkeit.

Siehe Seite 3

Warum bleiben Ausbildungsplätze unbesetzt?

(BIBB) Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat in einer Befragung von mehr als 1.000 Betrieben festgestellt, dass es auch auf Seiten der Unternehmen, also bei den Anbietern von Ausbildungsstellen, Gründe dafür gibt, dass Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben.

siehe Seite 9

Inhalt

Aus der katholischen Bildungsarbeit

S. 2: Hand in Hand für mehr qualifizierte Pflegekräfte
Kolping-Bildungszentren organisieren Tarifrecht neu
Pilotprojekt zur Beschäftigung Langzeitarbeitsloser
Jugendliche erhalten Chance im Gesundheits- und Sozialbereich
S. 3: Bode: Jugendverbände für sozial Benachteiligte öffnen

Bildungspolitik

S. 3: Schulung Medienkompetenz
8.000 Schüler erhalten Hilfe auf dem Weg in die Ausbildung
S. 4: Berufsbildungsgesetz feiert 40-jähriges Jubiläum
S. 5: 32 Prozent arbeiten in "atypischen Beschäftigungsformen"
Thema Ausbildung beim Tag der türkischen Wirtschaft
Bayern fördert zusätzliche Ausbildungsplätze in der Altenpflege

Nachrichten

S. 6: Deutsche Universität für Weiterbildung eröffnet
Förderung beruflicher Weiterbildung nimmt deutlich zu
Vielen Deutschen fehlen grundlegende Computerkenntnisse
10.000 Auszubildende gehen jährlich ins europäische Ausland

S. 7: Warum es bei der Weiterbildung hakt
Berufliche Bildungsgänge führen zur Hochschulzugangsberechtigung
S. 8: OECD-Bildungsbericht: Deutschland spart an den Ausgaben für Bildung
Duale Berufsausbildung: Für viele Betriebe eine lohnende Investition
Neue Weiterbildungskonzeption für die Medienwirtschaft
S. 9: Hermann-Schmidt-Preis 2009: Drei Projektideen in der Berufsausbildung ausgezeichnet
Unbesetzte Ausbildungsstellen: Warum Betriebe erfolglos bleiben

Publikationen

S. 10: Qualität der beruflichen Bildung
Portal "AusbildungPlus" mit neuem Internetauftritt
Neue Jobbörse vorgestellt

Veranstaltungen

23.10.2009: Perspektive Bildungsmanagement, Bielefeld
28.-29.10.2009: BIBB/DJI-Fachtagung, Bonn
23.11.2009: Zeit + Qualität..., Köln

Dokumentationen:

Sekretariat der Kultusministerkonferenz: Studium über berufliche Bildung.
Wege und Berechtigungen (September 2009)

siehe Seite 12

Aus der katholischen Bildungsarbeit

Hand in Hand für mehr qualifizierte Pflegekräfte

(Diözesancaritasverband im Bistum Limburg) Stadt Wiesbaden unterstützt neues Angebot der Caritas-Altenpflegeschule mit knapp 200.000 Euro: Der Bedarf an qualifizierten Pflegekräften steigt – auch in der Stadt Wiesbaden. Ein Grund mehr für die Caritas-Altenpflegeschule in Wiesbaden, ein neues Angebot zu konzipieren: Erstmals können nun auch Interessenten mit einem Hauptschulabschluss eine qualifizierte Ausbildung in der Altenpflege machen. Der erste Kurs ist am 1. September 2009 gestartet. „Bei uns haben sich immer wieder sehr viele Hauptschüler gemeldet, die gerne in der Pflege tätig werden wollen – allerdings ist das Problem, dass zur dreijährigen Altenpflegeausbildung mindestens ein Realschulabschluss erforderlich ist“, erläutert Schulleiterin Cordula Schneider. „Daher haben wir für diese Zielgruppe eine einjährige Ausbildung zum staatlich anerkannten Altenpflegehelfer konzipiert“, so Schneider. Große Unterstützung für dieses Angebot kommt dabei von der Stadt Wiesbaden: „Als die Altenpflegeschule an uns mit diesem neuen Konzept an uns herangetreten ist, haben wir nicht lange überlegen müssen“, sagt Sozialdezernent Arno Goßmann. „Wir stellen für zwei aufeinander folgende, einjährige Kurse insgesamt knapp 200.000 Euro aus Mitteln des Sofortprogramms für Bildung soziale Teilhabe zur Verfügung – eine Investition, die sich lohnt, denn auch in Wiesbaden brauchen wir zukünftig gut ausgebildete Fachkräfte, die unsere älteren Bürger unterstützen“, so Goßmann.

www.altenpflegeschule-wiesbaden.de

Kolping-Bildungszentren organisieren Tarifrecht neu

(KNA/Kolping-Bildungswerk Paderborn) Sechs Gesellschaften in Trägerschaft des gemeinnützigen Kolping-Bildungswerks Paderborn sind der Zweckgemeinschaft des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung (BBB) beigetreten. Der vom BBB mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und von verdi abgeschlossene Tarifvertrag gilt so jetzt auch für Kolping. Darin sind u. a. Mindestvergütungen festgelegt. Die Einrichtungen des Bildungswerks mit ihren rund 800 Mitarbeitenden begleiten jährlich mehrere tausend Jugendliche auf ihrem Weg in die Arbeitswelt. Aus wirtschaftlichen Gründen hatten die Bildungszentren bereits 2007 beschlossen, sich aus dem kirchlichen Tarifrecht zu verabschieden. Das Hatte zu einem Rechtsstreit beim diözesanen Arbeitsgericht und beim Kirchlichen Arbeitsgerichtshof (KAGH) in Bonn geführt. Die Richter erklärten, ein Austritt müsse in einem rechtsverbindlichen Akt vom Bischof bestätigt werden. Das Erzbistum Paderborn sieht Kolping aufgrund des Austrittsbeschlusses nicht als kirchlichen Rechtsträger an.

Pilotprojekt zur Beschäftigung Langzeitarbeitsloser

(KNA) Auf eine dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen zielt ein auf zunächst ein Jahr befristetes Pilotprojekt der Erwerbslosen-Selbsthilfe Püttlingen. Das Projekt wurde von der Aktion Arbeit des Bistums Trier und der evangelischen Kirche initiiert und setzt einerseits auf öffentliche Zuschüsse, andererseits müssen die im Rahmen des Projekts Beschäftigten einen Teil ihres Gehalts selbst erwirtschaften. Das Projekt ist zunächst mit zehn Stellen ausgestattet.

Jugendliche erhalten Chancen im Gesundheits- und Sozialbereich

(KNA(IN VIA) Mit einem bundesweiten Pilotprojekt sollen Jugendliche ohne Schulabschluss oder Ausbildung die Chance auf einen Arbeitsplatz im Gesundheits- und Sozialbereich erhalten. Träger sind die Caritas und der Fachverband für Frauensozialarbeit IN VIA. 90 Jugendliche, die sich bislang vergeblich um einen Ausbildungsplatz bemüht haben, sollen in sechs Städten mit einer sogenannten Basisqualifizierung beginnen. Zur Zielgruppe gehören auch Migranten. Ziel der 18-monatigen Ausbildungsphase ist es, Einrichtungen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich mit den Jugendlichen in Kontakt zu bringen. Die Jugendlichen arbeiten beispielsweise im Pflegealltag von Altenheimen und Krankenhäusern mit und werden zugleich in begleitenden Kursen in Sozialkompetenz oder Lernmotivation geschult.

www.invia.caritas.de

Bode: Jugendverbände für sozial Benachteiligte öffnen

(KNA/CAJ) Bischof Franz-Josef Bode hat die katholischen Jugendverbände ermutigt, sich noch weiter den sozial benachteiligten jungen Menschen in der Gesellschaft zu öffnen. Vor allem für arbeitslose und von Sozialleistungen lebende Jugendliche müssten die Verbände eine Heimat sein, sagte Bode, der auch Vorsitzender der Jugendkommission der Deutschen Bischofskonferenz ist, bei einer Veranstaltung des Bundesverbandes der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) zur Jugendarbeitslosigkeit.

Bei der Veranstaltung übergaben Mitglieder der CAJ die „dickste Bewerbungsmappe der Welt“ an den Jugendbischof. Sie enthält Forderungen und Wünsche von rund 2000 Jugendlichen aus dem gesamten Bundesgebiet. Die jungen Leute präsentieren daneben ihre Fähigkeiten und Vorstellungen über die eigene Zukunft. Die CAJ forderte den Bischof auf, die Kirche müsse noch mehr zur Verbesserung der Situation von Jugendlichen ohne Ausbildung tun. „Dass Millionen von Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz haben, ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, sondern berührt auch die Kirche“, so die CAJ-Bundesvorsitzende Eva-Constanze Selk. Zum einen spielen die christlichen Kirchen als zweitgrößter Arbeitgeber in Deutschland eine besondere Rolle bei der Berufsausbildung junger Menschen. Zum anderen müssten sie „Anwalt und Stimme derer sein, die am Rande unserer Gesellschaft stehen“.

www.caj.de > Aktuelles

Bildungspolitik

Schulung Medienkompetenz

(BMBF) Das BMBF hat im vergangenen Jahr eine Initiative zur Medienqualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern gestartet. Ziel ist es, zur Förderung der frühkindlichen Bildung die pädagogische Fort- und Weiterbildung des Personals in Kindergärten und Kindertageseinrichtungen zu verbessern. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass bis Ende 2009 die anvisierte Zahl von 10.000 Teilnehmenden erreicht wird. Die große Nachfrage zeigt, dass die Inhalte der Schulungen den aktuellen Bedürfnissen der Erzieherinnen und Erzieher entsprechen. Mit der "Basisqualifizierung Medienkompetenz" sollen sie in Kindergärten und Kindertagesstätten an die digitalen Medien und den "Lernort Netz" praxisnah herangeführt werden. Angesprochen sind ausdrücklich pädagogische Fachkräfte der frühkindlichen Bildung, die über keine oder nur geringe Vorkenntnisse verfügen. Das BMBF und der Europäische Sozialfonds fördern die Weiterbildungsmaßnahme mit rund fünf Millionen Euro. Die Schulungen gehen über fünf Tage und werden von medienpädagogisch erfahrenen Referentinnen und Referenten durchgeführt. Über die Vermittlung von Grundkenntnissen rund um den Computer und das Internet sowie anschaulichen Beispielen aus der Praxis sollen die Erzieherinnen und Erzieher in die Lage versetzt werden, das Internet zur eigenen Weiterbildung zu nutzen. Ebenso sollen sie den Computer in der eigenen Einrichtung für medienpädagogische Projekte und zur Förderung von Medienkompetenz einsetzen können. Der Verein Schulen ans Netz e. V., der bereits in dem Projekt BIBER ("Bildung-Beratung-Erziehung im Bereich frühkindlicher Bildung") tätig ist, hat die Organisation der Weiterbildungsseminare übernommen.

www.schulen-ans-netz.de

8000 Schüler erhalten Hilfe auf dem Weg in die Ausbildung

(BMBF) Mitte September fiel im Butzweilerhof, dem Ausbildungszentrum der Handwerkskammer zu Köln, der Startschuss für die Teilnehmer am Bund-Länder-Programm "STARTKLAR! Mit Praxis fit für die Ausbildung." Ziel war es, die zahlreichen Akteure auf dem Gebiet der Berufsorientierung in Nordrhein-Westfalen zusammen zu bringen, um Jugendlichen von Klasse 8 bis 10 eine praxisnahe, individuelle Betreuung aus einem Guss zu bieten. Die Zusammenarbeit zwischen der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), dem Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW bietet Jugendlichen ein sich über drei Jahre erstreckendes Eintauchen in die Berufswelt.

In der Werkstatt einer Berufsbildungsstätte können die Jugendlichen in der 8. Klasse in drei verschiedenen Berufsbereichen, z. B als Tischler, Maurer oder Metallbauer, tätig sein und werden von erfahrenen Ausbildungsmeistern betreut.

In den Klassen 9 und 10 werden den Jugendlichen gezielt auf ihre Fähigkeiten und Interessen ausgerichtete Langzeitpraktika angeboten, verbunden mit individuellem Bewerbungstraining.

Das Bund-Länder-Programm sieht für die erste Phase in der achten Klasse ein Volumen von einer Million Euro im Jahr 2009 und 4,5 Millionen Euro im nächsten Jahr vor. In dieser ersten Phase können damit maximal 8000 Schülerinnen und Schüler an bis zu 150 Haupt-, Förder- und Gesamtschulen gefördert werden. Das Ineinandergreifen von inhaltlich und didaktisch mit schulischen Angeboten abgestimmten Praxiselementen zeichnet STARTKLAR! besonders aus und könnte Vorbild für andere Bund-Länder-Vereinbarungen auf dem Gebiet der Berufsorientierung werden. Umgesetzt wird das Programm von der Landes-Gewerbeförderungsstelle des nordrhein-westfälischen Handwerks e.V. (LGH) und der Landesstiftung Partner für Schule NRW.

www.partner-fuer-schule.nrw.de/startklar.php

Berufsbildungsgesetz feiert 40-jähriges Jubiläum

(BMBF) Gesetz schuf Erfolgsgeschichte für die berufliche Ausbildung in Deutschland

Heute feiert ein Gesetz Jubiläum, ohne das die betriebliche Ausbildung in Deutschland nicht möglich wäre. Das Berufsbildungsgesetz mit seinen klaren Strukturen feierte am 1. September seinen 40. Geburtstag. Im September 1969 war die erste bundeseinheitliche Grundlage für die Ausbildung junger Auszubildender in Betrieb und Berufsschule in Kraft getreten. Mit dem Gesetz wurde ein zersplittertes Berufsbildungsrecht Geschichte.

Das Berufsbildungsgesetz steht einerseits in der jahrhundertelangen Tradition der deutschen Berufsbildung mit Wurzeln im mittelalterlichen Zunftwesen. Andererseits hat es das Berufsausbildungssystem von Grund auf neu gestaltet und weiter entwickelt. Das Gesetz enthält Bestimmungen über Begründung, Beendigung und den prägenden Inhalt des Berufsausbildungsverhältnisses wie etwa die Frage einer angemessenen Vergütung. Hinzu treten Vorschriften über die Anerkennung von Ausbildungsberufen, die Ausbildungsordnung, das Prüfungswesen sowie die qualitative Überwachung, Beratung und Regelung der Berufsausbildung. Damit wurden auch den jungen Menschen, die nicht von vornherein eine akademische Ausbildung anstreben, in einer modernen Industriegesellschaft möglichst viel versprechende und sozial abgesicherte Chancen eröffnet. Den Ausbildungsstätten hat das Gesetz Leitlinien für eine einheitliche, systematische und im Interesse der Mobilität breit angelegte innerbetriebliche berufliche Bildung an die Hand gegeben. Heute werden differenzierte und überregional anerkannte Berufsausbildungsangebote bereit gestellt, die allen Jugendlichen eine solide und praxisnahe Berufsausbildung ermöglichen, die auf dem Arbeitsmarkt breit verwertbar ist und ein hohes Maß an beruflicher Flexibilität und Mobilität vermittelt.

Zugleich regelt das Berufsbildungsgesetz erstmals das Verfahren, in dem berufsbildungspolitische Weichenstellungen und Innovationen unter den Akteuren in Bund und Ländern und bei den Sozialpartnern erörtert und auf den Weg gebracht werden können. 1969 wurde dafür eine effiziente Drehscheibe erfunden, das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). Das BIBB gilt heute konsequent als "Parlament der Berufsbildung". Ein zentraler Aufgabenbereich des Instituts ist die Vorbereitung und Aktualisierung der differenzierten staatlichen Ausbildungsordnungen, die jeder dualen Ausbildung zugrunde liegen. Diese Ausbildungsordnungen, ein Kernstück des Gesetzes aus dem Jahre 1969, werden im engen Dialog mit der Praxis kontinuierlich fortentwickelt.

Die mit dem Berufsbildungsgesetz geschaffenen einheitlichen Strukturen der Berufsausbildung und die damit ermöglichte laufende Anpassung des Berufsbildungssystems in Deutschland an den technologischen und strukturellen Wandel gewährleisteten einen im Vergleich zu anderen Staaten vorbildlich funktionierenden Übergang von der Ausbildung in dauerhafte und verlässliche Beschäftigung.

Seit Mai 2005 ist das Berufsbildungsgesetz in einer novellierten Fassung in Kraft. Die Neufassung schafft u. a. eine flexiblere Zulassung von jungen Menschen aus vollzeitschulischer Ausbildung zur Kammerprüfung, zusätzliche Potenziale, Teile der Ausbildung im Ausland zu verbringen und führt neue Möglichkeiten ein, eine Ausbildung in mehreren aufeinander aufbauenden Stufen zu komplettieren. Auch ist das Prüfungsrecht praxisgerecht weiter flexibilisiert. Eine aktuelle Umfrage zum Reformstand in der beruflichen Bildung zeigt: Die 2005 im Austausch zwischen allen Akteuren getroffenen Weichenstellungen haben sich in der Praxis bewährt. Die gesetzliche Regelung der Berufsbildung ist aus heutiger Sicht eine dynamische Erfolgsgeschichte.

32 Prozent arbeiten in "atypischen Beschäftigungsformen"

(Deutscher Bundestag) Rund 10,5 Millionen Menschen in Deutschland arbeiteten im Jahr 2008 in sogenannten atypischen Beschäftigungsformen; das entspricht einer Quote von 32,4 Prozent der Erwerbstätigen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung (16/13991) auf eine Kleine Anfrage (16/13907) der Fraktion Die Linke hervor, in der sich diese nach dem Stand der Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik erkundigt hatte. Unter Bezugnahme von Daten des Statistischen Bundesamtes teilt die Regierung ferner mit, dass 1,2 Millionen Beschäftigte dieser Gruppe unter 25 Jahre alt waren. Davon wiederum waren 436.000 im Alter von 15 bis 19 Jahren und fast 800.000 im Alter von 20 bis 25 Jahren. Zu "atypischen Beschäftigungsverhältnissen" zählt das Statistische Bundesamt Zeitarbeit, Teilzeitbeschäftigungen, geringfügige sowie befristete Beschäftigungen. Die Erwerbsquote junger Menschen bis 25 Jahre lag im Jahr 2008 bei 52,6 Prozent und hat sich damit kaum gegenüber dem Jahr 2000 (52,4 Prozent) verändert, schreibt die Regierung. Jedoch sei die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen infolge der Weltwirtschaftskrise deutlich gestiegen. Im Juli 2009 habe die Arbeitslosenquote für die 15- bis unter 24-Jährigen 8,9 Prozent betragen, im Vergleich zu 7,5 Prozent im Vorjahresmonat, heißt es in der Antwort.

www.bundestag.de - Drucksache 16/13991

Thema Ausbildung beim Tag der türkischen Wirtschaft

(Land NRW) Erstmals in der beinahe 50-jährigen Migrationsgeschichte Deutschlands fand am 4. September in Düsseldorf ein „Tag der türkischen Wirtschaft“ statt. Allein in Nordrhein-Westfalen gibt es mehr als 20.000 türkisch-stämmige Unternehmer. NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann machte vor mehr als 500 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet vor allem auf die Situation junger Ausbildungsplatzsuchender mit Migrationshintergrund aufmerksam. Trotz vergleichsweise guter Nachrichten vom Ausbildungsmarkt – die Betriebe in Nordrhein-Westfalen halten ihre Ausbildungsanstrengungen auch in wirtschaftlich schlechteren Zeiten zumindest stabil und verstärken sie teilweise noch – haben junge Ausländer es beim Berufseinstieg noch immer schwerer als ihre deutschen Altersgenossen. „Dafür gibt es viele Gründe. Sprachliche und schulische Schwierigkeiten spielen sicherlich eine Rolle. Es ist aber auch ein großes Problem, dass ausländische Jugendliche sich viel stärker auf wenige Ausbildungsgänge konzentrieren“, sagte Laumann.

In Nordrhein-Westfalen sammeln sich 45 Prozent der ausländischen Lehrlinge in den beliebtesten zehn Ausbildungsberufen – in der Gesamtheit der Auszubildenden liegt diese Quote deutlich niedriger. Es reiche nicht, die Probleme nur zu erkennen. „Gemeinsam mit meinem türkischen Amtskollegen habe ich deshalb bereits einen Aktionsplan verabredet“, berichtete Laumann. Dieser Plan mit dem Ziel, den Zugang zur dualen Ausbildung für türkische und türkischstämmige Jugendliche zu verbessern, soll noch in diesem Jahr vorgestellt werden. Eltern sollen dabei gezielt angesprochen und Behördenschwellen überbrückt werden.

„Nicht nur der Staat ist aber hier gefragt. Die Ausbildung junger Fachkräfte bleibt Aufgabe der Wirtschaft“, sagte Laumann. „Ich weiß, dass viele ausländische Unternehmen oft aus reiner Unkenntnis noch keine Ausbildungsplätze anbieten“. Betrieben, die alleine nicht ausbilden können, kann das Land mit seinem Förderprogramm „Ausbilden im Verbund“ und 4.500 Euro pro Ausbildungsplatz weiterhelfen. Zusätzliche Unterstützung bieten 16 so genannte Starthelfer für die Ausbildung, die das Land bei den Kammern finanziert. „Es sind alle Verantwortlichen gefragt, die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Unternehmen noch mehr zu thematisieren“, sagte der Arbeitsminister. „Junge Menschen in Nordrhein-Westfalen müssen eine Chance auf eine qualifizierte Ausbildung haben – unabhängig von ihrer jeweiligen Nationalität. Dabei werde ich alle Beteiligten auch weiterhin unterstützen“, so Laumann.

www.mags.nrw.de

Bayern fördert zusätzliche Ausbildungsplätze in der Altenpflege mit 3.000 Euro

(Freistaat Bayern) Bayern will auch im Ausbildungsjahr 2009/2010 gezielt Fördergelder nutzen, um Ausbildungsplätze in der Altenpflege zu schaffen. Jeder zusätzliche Ausbildungsplatz wird mit 3.000 Euro unterstützt. Gefördert werden Einrichtungen, die zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen für Schulabgänger sowie Jugendliche, die 2009 eine Wirtschafts- oder Fachoberschule verlassen, ein Freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr abgeschlossen oder eine Ausbildung im Bereich Pflegehilfe absolviert haben. Das Programm aus dem Europäischen Sozialfonds wurde erstmals im Ausbildungsjahr 2007/2008 aufgelegt. Bisher konnten damit bereits knapp 500 zusätzliche Ausbildungsplätze für Altenpflegerinnen und Altenpfleger in Bayern geschaffen werden.

www.stmas.bayern.de/pflege/beruf/fitforwork09.htm

Nachrichten

Deutsche Universität für Weiterbildung eröffnet

(BMBF) Bundesbildungsministerin Annette Schavan hat am 11.09.2009 in Berlin die Deutsche Universität für Weiterbildung (DUW) eröffnet. „Bei dem Studienmodell der DUW werden universitäres Weiterbildungsstudium und Berufstätigkeit der Studierenden miteinander verzahnt. Die DUW ist die erste Universität, die ihre Weiterbildungsangebote berufsbegleitend konzipiert und gezielt auf die Berufserfahrung der Studierenden ausrichtet. Wir werden in Zukunft noch mehr solche Angebote brauchen“, sagte die Ministerin anlässlich des Festaktes in Berlin. Rund 500 Gäste nahmen an den Eröffnungsfeierlichkeiten teil, darunter prominente Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft.

Die Deutsche Universität für Weiterbildung (DUW) ist eine Public Private Partnership und wird zu gleichen Teilen von der Freien Universität Berlin (FU) und der Stuttgarter Klett-Gruppe getragen. Dieses Modell des gemeinsamen Betriebs einer Universität mit einem öffentlichen und einem privaten Kooperierenden ist in Deutschland bislang einzigartig. Bei der Eröffnung betonte FU-Präsident Prof. Dieter Lenzen, die Bedeutung der neuen Einrichtung könne gar nicht hoch eingeschätzt werden. Beschleunigte Produktzyklen und anhaltende Aufstiegsbereitschaft bedingten einen „enormen Weiterbildungsbedarf“.

www.duw-berlin.de

Förderung beruflicher Weiterbildung nimmt deutlich zu

(Bildungsverband) Eine deutliche Zunahme verzeichneten im September die Zugangszahlen zu geförderten Qualifizierungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Während in den letzten Monaten ein Abwärtstrend festzustellen war, nahmen die Neueintritte im September gegenüber August um 66% zu. Diese Zunahme war sowohl im Bereich des SGB II als auch des SGB III beobachtbar. Dies hat der Bildungsverband errechnet. Infolge der gestiegenen Zugangszahlen stieg auch die Zahl der Personen, die sich im September in einer Qualifizierungsmaßnahme befanden, gegenüber August um 6,7% auf derzeit 213.500.

www.bildungsverband.info/ba-zahlen_09-09.htm

Vielen Deutschen fehlen grundlegende Computerkenntnisse

(IT-Fitness) Deutsche scheitern an fast jeder dritten Frage nach gängigen IT-Basiskenntnissen. Eine neue Untersuchung der von Microsoft-Gründer Bill Gates ins Leben gerufenen Qualifizierungsinitiative IT-Fitness belegt: Den Menschen in Deutschland fehlen entscheidende berufliche IT-Qualifikationen für eine erfolgreiche Zukunft in der Informations- und Wissensgesellschaft. Die Auswertung von 120.000 anonymisierten Ergebnissen des bundesweiten IT-Fitness-Tests zeigt großen Aus- und Weiterbildungsbedarf bei Berufsanfängern und Arbeitssuchenden. Besonders mangelhaft ist das Computerwissen bei Schülern und Azubis, Menschen ohne Arbeit, Frauen und auch im Handwerk. Im Bundesländervergleich schneiden die neuen Bundesländer schlechter ab. Die Initiative IT-Fitness fordert Politik und Wirtschaft daher zu einem „Zukunftspakt für mehr IT-Fitness in Deutschland“ auf. Weiterbildung hat eine enorme Hebelwirkung für die Gesamtwirtschaft. 1,8 Milliarden Euro des jährlichen Wertschöpfungszuwachses in Deutschland basieren auf IT-Qualifizierung, so eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Die Initiative IT-Fitness fordert daher alle Entscheider – die Unternehmer, das Handwerk, die Gewerkschaften, die Kultusminister, die zuständigen Bundesministerien und die IT-Wirtschaft – auf, im Rahmen eines Zukunftspaktes in die Vermittlung berufsrelevanter IT-Kenntnisse zu investieren.

www.it-fitness.de

10.000 Auszubildende gehen jährlich ins europäische Ausland

(BMBF) Mehr als 100.000 Auszubildende aus Deutschland sind seit dem Start des EU-Programms Leonardo da Vinci 1995 ins europäische Ausland gegangen. Damit liegt Deutschland im europäischen Vergleich deutlich an der Spitze. "Ein Großteil der deutschen Unternehmen wird nur dann wettbewerbsfähig sein können, wenn sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die mit ausländischen Partnern kommunizieren und kooperieren können. Dies gilt mittlerweile ebenso für klein- und mittelständische Unternehmen wie für das Handwerk", sagte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Andreas Storm, MdB. Anlass war eine Feierstunde, bei der das BMBF gemeinsam mit der

Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung die positive Bilanz des EU-Programms bekannt gab.

Waren es zu Beginn von Leonardo da Vinci vor knapp 15 Jahren rund 2.000 Auszubildende, die im Rahmen ihrer Ausbildung einen Auslandsaufenthalt absolvierten, so sind es inzwischen mehr als 10.000 Auszubildende jährlich, die sowohl ihre Fach- und Sprachenkompetenzen als auch ihre interkulturellen und sozialen Fähigkeiten im Ausland erweitern.

Die Marke von 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu der vom Innovationskreis berufliche Bildung im Jahr 2006 empfohlenen Verdoppelung von Auslandsqualifizierungen in der beruflichen Ausbildung bis 2015.

www.na-bibb.de

Warum es bei der Weiterbildung hakt

(Hans Böckler-Stiftung) In Deutschland nehmen zu wenige Beschäftigte Angebote zur Weiterbildung wahr. Ein Umbau der Arbeitslosenversicherung könnte helfen, mögliche Qualifikationslücken zu schließen. Lebenslanges Lernen gilt für rund 70 Prozent der Arbeitnehmer inzwischen als ein wichtiges Element, um die eigene Beschäftigungsfähigkeit zu sichern. Dennoch ist die Beteiligung an Weiterbildung vergleichsweise gering, Unternehmen beklagen einen Mangel an qualifizierten Bewerbern. Lena Hipp, Forscherin der Cornell University, New York analysierte für die Hans Böckler-Stiftung die Gründe für diese Diskrepanz und Konzepte für mehr Fortbildung.

Für die geringe Teilnahme an Weiterbildungen hat Lena Hipp drei Gründe ausgemacht:

1. Unklare Finanzierung. Zwar haben von besser qualifizierten Mitarbeitern alle etwas: Den Beschäftigten ermöglicht Fortbildung ein höheres Einkommen. Auch sinkt das Risiko, arbeitslos zu werden. Unternehmen profitieren vom besseren Wissen ihrer Belegschaft. Und der Gesellschaft insgesamt kommen die höhere Produktivität und die geringere Arbeitslosigkeit zugute. Schwierig ist es jedoch, den Nutzen von Weiterbildung anteilig zuzuordnen - und damit deren Finanzierung.
2. Mangelndes Wissen. Sowohl Beschäftigte als auch Betriebe können nur schwer beurteilen, welche Weiterbildungsangebote den größten Nutzen bringen. Lediglich die Hälfte der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hat einen guten Überblick über ihre Möglichkeiten zur Fortbildung. Auch das Wissen über den Qualifikationsbedarf der Beschäftigten ist in Deutschland gering.
3. Fehlerhafte Einschätzung. Sowohl Beschäftigte als auch Betriebe neigen dazu, die Notwendigkeit von Weiterbildung zu unterschätzen. Die Wissenschaftlerin erklärt dies mit Erkenntnissen aus sozialpsychologischen Experimenten. Danach überschätzen Menschen tendenziell ihre eigenen Fähigkeiten, wissen zu wenig über Handlungsmöglichkeiten außerhalb ihres unmittelbaren Umfelds und halten übermäßig am Status quo fest.

Damit in Zukunft mehr Weiterbildung stattfindet, schlägt Hipp den Umbau der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung vor. Wegen ihrer Finanzierung aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen sowie Steuermitteln eigne sie sich dazu, die Fortbildungskosten zwischen deren Nutznießern gerecht aufzuteilen.

www.boeckler.de/pdf/impuls_2009_13_7.pdf

Berufliche Bildungsgänge führen zur Hochschulzugangsberechtigung

(KMK) Die Bundesländer haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Möglichkeiten geschaffen, um die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit im Bildungssystem zu verbessern. In einer Übersicht des Sekretariats der Kultusministerkonferenz (KMK) wird aufgezeigt, über welche beruflichen Bildungsgänge die Berechtigungen zur Aufnahme eines Studiums erlangt werden können. Viele Schullaufbahnen im beruflichen Schulwesen können bis zur Fachhochschulreife oder dem Abitur fortgesetzt werden. Bildungswege der beruflichen Bildung können jetzt besser an individuelle Entwicklungsverläufe von Schülerinnen und Schülern angepasst werden. Das gilt insbesondere für Jugendliche, denen das Lernen in beruflichen Zusammenhängen entgegenkommt. Hierfür haben die Länder mit den beruflichen Schulen eine Alternative zum allgemein bildenden Schulwesen in der Sekundarstufe II geschaffen. Durch Beschlüsse der Kultusministerkonferenz ist sichergestellt, dass in allen Bildungsgängen eine Hochschulzugangsberechtigung erworben werden kann.

OECD-Bildungsbericht: Deutschland spart an den Ausgaben für Bildung

(OECD) Die gesamten öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung lagen in Deutschland 2006 nach internationaler Abgrenzung bei 4,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, mit in den letzten Jahren rückläufiger Tendenz. Unter den OECD-Ländern gaben 2006 nur die Türkei, die Slowakei, Spanien und Irland einen geringeren Anteil für Bildung aus. Bei den Spitzenreitern, USA, Korea und Dänemark, liegt der Anteil der Bildungsausgaben bei über sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Angesichts der Wirtschaftskrise und des sich abzeichnenden Strukturwandels fordert die OECD, Weiterbildung und lebenslanges Lernen stärker in den Fokus der politischen Debatte zu stellen. Nur so könne Beschäftigung für ältere Arbeitnehmer auf Dauer gesichert werden. Daten zur Teilnahme Älterer an der formalen tertiären Ausbildung offenbaren große Unterschiede zwischen den OECD-Ländern: Während in Australien, Finnland oder Schweden 13 Prozent und mehr der 30 bis 39-Jährigen für ein Vollzeit- oder Teilzeitstudium eingeschrieben sind, sind es in Deutschland gerade einmal 2,5 Prozent. Nach der Türkei und Korea ist das der geringste Wert in der OECD. Bei den über 40-Jährigen ist in Deutschland die Studienteilnahme kaum messbar, Länder wie Belgien, Finnland oder Australien erreichen hier noch Quoten zwischen drei und sechs Prozent.

www.oecd.org

Duale Berufsausbildung: Für viele Betriebe eine lohnende Investition

(BIBB) „Die Deckung des eigenen Fachkräftebedarfs bleibt das dominierende Ausbildungsmotiv der Betriebe. Diese gehen jedoch stärker als in der Vergangenheit dazu über, ihre Ausbildung effizienter zu organisieren. Damit wird die Berufsausbildung mehr denn je für viele Betriebe zu einer lohnenden Investition, auch wenn sie zunächst Kosten verursacht“. Dies erklärte Prof. Dr. Reinhold Weiß, Ständiger Vertreter des Präsidenten und Forschungsdirektor des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zur Eröffnung der BIBB-Fachtagung „Die Ausbildungsentscheidung von Betrieben: Ökonomische Forschungsansätze und Analysen“ in Bonn. Im Vergleich der Jahre 2000 und 2007, so Prof. Weiß, seien nach Untersuchungen des BIBB die Gesamtkosten der Betriebe für die Ausbildung deutlich gesunken. „Die Betriebe organisieren ihre Ausbildung kostengünstiger und setzen die Auszubildenden früher und häufiger für produktive Tätigkeiten ein.“ Im Jahr 2007 betragen die Bruttokosten der Betriebe für jeden Auszubildenden im Durchschnitt 15.288 Euro pro Jahr. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen BIBB-Befragung von 3.000 Betrieben in Deutschland. Von diesen Kosten sind die von den Auszubildenden durch produktive Leistungen erbrachten Erträge abzuziehen. 2007 lag dieser Wert bei 11.692 Euro pro Jahr, so dass unter dem Strich für die Betriebe Nettokosten in Höhe von jährlich 3.596 Euro anfielen. Je nach Region und Branche können diese Werte sehr unterschiedlich ausfallen. Während die Bruttokosten der Betriebe im Vergleich der Jahre 2000 und 2007 um rund 10 Prozent stiegen, erhöhten sich die durch produktive Leistungen der Auszubildenden erbrachten Erträge im selben Zeitraum um knapp 50 %. Die Nettokosten der Betriebe reduzierten sich dadurch innerhalb von sieben Jahren um rund 40 % von 6.033 Euro im Jahr 2000 auf 3.596 Euro im Jahr 2007. Besonders stark gestiegen sind dabei die Erträge der Auszubildenden in den ersten beiden Ausbildungsjahren. „Dies zeigt“, so Prof. Weiß, „dass die Unternehmen die Auszubildenden viel stärker als in der Vergangenheit und vom Beginn der Ausbildung an in die realen betrieblichen Arbeitsprozesse einbeziehen. 62 Prozent der ausbildenden Betriebe haben derartigen Maßnahmen vorgenommen beziehungsweise eingeführt, weitere 10 Prozent planen dies.“

Weitere Analysen ergeben, dass viele Betriebe nach wie vor ein hohes Interesse an der Übernahme der selbst ausgebildeten Jugendlichen haben. So ist die Übernahmequote den BIBB-Untersuchungen zufolge mit rund 57 % in den Jahren 2000 und 2007 stabil geblieben. Dies ist nach Angaben von Prof. Weiß „ein Beleg dafür, dass die Betriebe weiterhin ein großes Interesse an der Qualifizierung ihrer eigenen künftigen Fachkräfte haben und sich der Herausforderungen, die der demografische Wandel in Deutschland mit sich bringt, bewusst sind“.

www.bibb.de/de/52389.htm

Neue Weiterbildungskonzeption für die Medienwirtschaft

(BIBB) Mit den aktuellen Fortbildungsprofilen „Industriemeister/-in Fachrichtung Printmedien“, „Medienfachwirt/-in Print“ und „Medienfachwirt/-in Digital“ steht für die Fortbildung im Bereich der Digital- und Printmedien (Medien-Fortbildungsverordnung) ein den veränderten Anforderungen entsprechend neu strukturiertes Modell zur Verfügung, das erstmals die beiden Berufsprofile „Industriemeister“ und „Medienfachwirt“ inhaltlich aufeinander abstimmt. Die Verordnung ist am 1. September 2009 in Kraft getreten. Der überwiegende Teil der Prüfungsanforderungen ist identisch, da im mittleren Management das Planen, Steuern, Durchführen und Kontrollieren von Medienproduktionen auf Basis gleicher betriebswirtschaftlicher und

rechtlicher Zusammenhänge basiert. Die wesentlichen Unterschiede in den Berufsprofilen ergeben sich im Bereich der technischen Kompetenzen.

Neu ist, dass Prüfungsteilnehmer, die eine mit Erfolg abgelegte Abschlussprüfung in einem anerkannten Ausbildungsberuf der Druck- und Medienwirtschaft abgelegt haben, keine einjährige, einschlägige Berufspraxis mehr vorweisen müssen. Allerdings können in der Regel die handlungsspezifischen Qualifikationen erst ein Jahr nach den grundlegenden Qualifikationen abgelegt werden, so dass mindestens ein Berufsjahr zu unterstellen ist.

www.bibb.de

Hermann-Schmidt-Preis 2009: Drei Projektideen in der Berufsausbildung ausgezeichnet

(BIBB) "MINT-Zusatzqualifikationen: Für eine leistungsstarke Berufsausbildung" - so lautete das Thema des bereits zum 13. Mal ausgetragenen Wettbewerbs um den "Hermann-Schmidt-Preis". Damit zeichnete der Verein "Innovative Berufsbildung" in diesem Jahr Projekte und Initiativen aus, die die duale Berufsausbildung durch die Entwicklung von attraktiven Ausbildungsangeboten mit MINT-Zusatzqualifikationen (MINT = Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) fördern. Ziel des Vereins, der vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und dem W. Bertelsmann Verlag (wbv) getragen wird - ist es, auf innovative Ansätze in der Berufsbildungspraxis aufmerksam zu machen, diese zu fördern und zur Nachahmung zu empfehlen. Namensgeber des Wettbewerbs ist der frühere Präsident des BIBB, Prof. Dr. Hermann Schmidt, der das Institut von 1977 bis 1997 leitete. Die Preisverleihung fand Ende September auf dem 10. Ausbilder- und Ausbilderinnentag des Christiani-Verlages in Konstanz statt.

Aus den zum Wettbewerb eingereichten Initiativen gingen 2009 als Sieger hervor:

1. Preis (3.000 Euro): Das Projekt "Elektrofachkraft für festgelegte Tätigkeiten am Hybridfahrzeug" der BMW AG

2. Preis (2.000 Euro): Das Projekt "IT-Fachberater mit Bachelor of Arts" der Siemens AG

3. Preis (1.000 Euro): Das Projekt "Fachinformatiker/-in Systemintegration mit Zusatzqualifikation (FSZ)" des Berliner Oberstufenzentrums Informations- und Medizintechnik (OSZ IMT)

www.bibb.de/hermann-schmidt-preis

Unbesetzte Ausbildungsstellen: Warum Betriebe erfolglos bleiben

(BIBB) Das Phänomen ist nicht neu: Trotz starker Nachfrage von Seiten der Jugendlichen bleiben jedes Jahr zahlreiche Ausbildungsstellen unbesetzt. Der Anteil von Betrieben mit unbesetzten Ausbildungsplätzen schwankt zwischen 10 und 20 Prozent - mit zum Teil steigender Tendenz. Wie lässt sich dieses Missverhältnis zwischen hoher Nachfrage der Jugendlichen und Besetzungsschwierigkeiten der Betriebe erklären? Und - noch wichtiger - wie lässt sich dies in Zukunft überwinden? Die Betriebe nennen überwiegend mangelndes Leistungsvermögen und fehlende Motivation der Jugendlichen als Gründe dafür, dass sie keinen passenden Bewerber finden konnten. Doch reicht das als Begründung aus? Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat in einer Befragung von mehr als 1.000 Betrieben festgestellt, dass es auch auf Seiten der Unternehmen, also bei den Anbietern von Ausbildungsstellen, Gründe dafür gibt, dass Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben.

Insgesamt meldet laut BIBB-Befragung jeder siebte ausbildungsbereite Betrieb, dass er Ausbildungsstellen nicht besetzen konnte. Dabei haben vor allem kleinere und mittlere Betriebe Schwierigkeiten. Bei den Branchen sind insbesondere das Verkehrs- und Nachrichtenwesen, das Gastgewerbe und die sonstigen Dienstleistungen wie zum Beispiel die Reinigungs- und Körperpflegebranche oder die Entsorgungswirtschaft betroffen. Zudem sind die Besetzungsschwierigkeiten der Unternehmen in den östlichen Bundesländern größer als in den westlichen.

Die in der neuesten Ausgabe von BIBB REPORT veröffentlichten Ergebnisse des BIBB-Ausbildungsmonitors verdeutlichen, dass auch die Betriebe aktiv darauf Einfluss nehmen können, ob ihre Ausbildungsstellen besetzt werden oder nicht. So trägt vor allem eine frühzeitige Personalplanung dazu bei, dass sich der Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen signifikant reduziert. Denn die BIBB-Untersuchungen belegen, dass die von Besetzungsschwierigkeiten betroffenen Betriebe oft erst relativ spät, das heißt kurz vor Beginn des Ausbildungsjahres, mit der Suche nach geeigneten Bewerbern und Bewerberinnen begonnen haben. Wird zudem ein breit aufgestelltes Angebot von Vermittlungskanälen genutzt, kann das Risiko unbesetzter Ausbildungsplätze weiter reduziert werden. Sehr hohe Anforderungen der Betriebe an die Bewerber und Bewerberinnen erwecken zudem eher den Eindruck, als würden bereits fertig ausgebildete Fachkräfte gesucht und nicht Jugendliche, die gerade erst in die Berufswelt eintreten.

Schließlich spielt auch die Attraktivität der Ausbildungsstellen oder Branchen insgesamt eine wichtige Rolle für eine erfolgreiche Stellenbesetzung.

Die BIBB-Befragung zeigt, dass sowohl die Anwerbe- als auch die Bewerbungsstrategien verbessert werden müssen, um die Informationen über offene Stellen und nachfragende Bewerber und Bewerberinnen zu optimieren. Um dies zu erreichen, sollten alle Akteure der beruflichen Bildung eng zusammenarbeiten. Konkrete Ansatzpunkte wären den BIBB-Analysen zufolge etwa eine bessere Vernetzung zwischen Schule und Wirtschaft, das Werben für weniger bekannte Berufe, die Unterstützung der Betriebe bei der Durchführung von Auswahlverfahren oder die Nutzung vielfältiger Rekrutierungswege. Aber auch die nachhaltige Veränderung des Images bestimmter Berufe sowie eine attraktivere Gestaltung von Berufsinhalten und bessere Verdienstmöglichkeiten könnten die Suche der Betriebe nach geeigneten Auszubildenden in Zukunft erfolgreicher machen.

Weitere Informationen: BIBB REPORT Heft 10/09, www.bibb.de/bibbreport

Publikationen

Qualität der beruflichen Bildung

(BIBB) Ein national wie europäisch hochaktuelles Thema greift die soeben erschienene Ausgabe der Fachzeitschrift "Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis - BWP" (Heft 5/2009) auf. Neben ersten Überlegungen zur Umsetzung des europäischen Referenzrahmens für Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung in Deutschland werden Forschungsergebnisse zur Qualitätssicherung und -entwicklung in Betrieben und Bildungseinrichtungen präsentiert, darunter Ergebnisse zweier aktuell abgeschlossener BIBB-Studien zur betrieblichen Ausbildungsqualität.

www.bibb.de/de/52349.htm

Portal "AusbildungPlus" mit neuem Internetauftritt

(BIBB) Informativer, nutzungsfreundlicher, übersichtlicher und barrierefrei - so präsentiert sich ab sofort eines der bundesweit meistbesuchten Portale in der Berufsbildung. "Herzstück" von "AusbildungPlus" (www.ausbildungplus.de) sind Ausbildungsangebote mit Zusatzqualifikationen und dualen Studiengängen. Die Datenbank ermöglicht es, in über 41.000 Ausbildungsangeboten zu recherchieren, in denen aktuell rund 130.000 Auszubildende und Studierende qualifiziert werden können. Derzeit enthält die Datenbank mehr als 2.300 verschiedene Modelle zu Zusatzqualifikationen und über 700 duale Studiengänge. Das Interesse an derartigen Angeboten ist groß: Mehr als 90.000 Nutzer und Nutzerinnen greifen monatlich auf das Portal zu - mit steigender Tendenz. "AusbildungPlus" wird vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im Auftrag und mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung betrieben und weiterentwickelt.

Leistungsstarken und leistungswilligen Auszubildenden und Studieninteressierten wird die Suche nach innovativen und attraktiven Ausbildungsangeboten erleichtert. Das Portal erfüllt so eine Dienstleistungsfunktion und schafft Transparenz in diesem Bereich der Berufsbildung. Betriebe können ihre Angebote kostenlos melden. Zudem werden Kooperationen an der Schnittstelle zwischen Betrieben und Bildungsanbietern angeregt. Forschung, Politik und Lehre erhalten Informationen über wichtige Entwicklungen und Trends in Ausbildung und Studium. Durch wissenschaftliche Analysen der Datenbankinhalte werden Potenziale für neue Qualifizierungsansätze erschlossen und ein Beitrag zur Verbesserung der Durchlässigkeit im Bildungssystem geleistet. Durch den neuen Internetauftritt werden die Bereiche Nutzungsfreundlichkeit (Usability), Design, Inhalt und Technik optimiert.

www.ausbildungplus.de

Neue JOBBÖRSE vorgestellt

(BA) Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat ihre neu gestaltete JOBBÖRSE online gestellt. Das Stellenportal ist einfach zu bedienen, relevant für alle Branchen und Berufsgruppen und liefert überzeugende Ergebnisse. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitsuchende können das Angebot der JOBBÖRSE kostenlos nutzen. Mit mehr als drei Millionen Bewerberprofilen und 550.000 Stellen bietet die JOBBÖRSE der BA Arbeitssuchenden einen umfassenden Überblick über die Stellenangebote in Deutschland und im Ausland.

Das Portal der JOBBÖRSE wird täglich von mehr als einer halben Million Besuchern genutzt und enthält Arbeits- und Ausbildungsplätze, Mini-Jobs und Praktika. Dank verbesserter Suchmöglichkeiten können Nutzer einen schnelleren Überblick über den Arbeitsmarkt gewinnen und erhalten mit wenigen Klicks eine aussagekräftige Ergebnisliste. Das umfangreiche Serviceangebot der Bundesagentur für Arbeit bleibt bestehen: Die Arbeitsmarktexperten der BA beraten Arbeitssuchende und Stellenanbieter im Gegensatz zu anderen Online-Börsen individuell und im persönlichen Gespräch.

<http://jobboerse.arbeitsagentur.de>

Veranstaltungen

23. 10. 2009: Perspektive Bildungsmanagement, Bielefeld, W. Bertelsmann-Verlag,
www.wbv-fachtagung.de

28.-29.10. 2009: BIBB/DJI-Fachtagung "Neue Jugend? - Neue Ausbildung?", Bonn,
www.bibb.de/veranstaltungen

23.11.2009: Zeit + Qualität, Zeit + Organisation, Zeit + Lernen, Köln, ArtSet®, www.artset-lqw.de